

9. Landesparteitag der Linkspartei.PDS Thüringen

1. Tagung, Eisenberg, 04. / 05. 3. 2006

Beschluss

Auf dem Weg zu einer neuen Linken in Thüringen

(beschlossen mit 3 Stimmenthaltungen)

Leitantrag

zur 1. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei. PDS Thüringen

Präambel/Politische Situation

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 18. September 2005 verdeutlichte, dass viele Wählerinnen und Wähler einer Fortsetzung und Verschärfung des neoliberalen Kurses mit seinem Kern der andauernden Einschränkung und letztlich des Abbaus des Sozialstaates nicht zustimmen. CDU/CSU und SPD, die lange vor der Bundestagswahl faktisch eine große Koalition des Sozialabbaus betrieben, mussten deutliche Verluste hinnehmen. Die Ergebnisse der Bundestagswahl verdeutlichen aber auch, dass der neoliberale Zeitgeist nach wie vor die politische Haltung einer Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler bestimmt. Die ersten Monate der CDU/CSU- SPD-Regierung zeigen, dass der Kurs des Sozialstaatsabbaus nicht nur fortgesetzt, sondern noch verschärft werden soll. Im Mittelpunkt steht dabei die Deregulierung zu Gunsten der großen Unternehmen und Banken sowie der Vermögenden und zum Nachteil der Bezieher kleiner Einkommen, von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Rentnern.

Fortgesetzt wird der Kurs der Flexibilisierung mit dem Ziel, Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter abzubauen und die Löhne kontinuierlich nach unten zu drücken. Schließlich wird mittels eines verschärften Privatisierungsdrucks auf das verbliebene öffentliche Eigentum der Handlungsspielraum insbesondere der Städte und Gemeinden weiter marginalisiert und somit die Daseinsvorsorge immer stärker kapitalistischem Gewinnstreben geopfert.

Im Zuge dieser Entwicklungen werden der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft, kulturelle Rechte der Mehrheit der Menschen im Land sowie die Demokratie gefährdet.

In dieser Situation steht die Linke in Deutschland, maßgeblich die Linkspartei.PDS und die WASG, vor großen Herausforderungen. Die 4,1 Millionen Menschen in Ost und West, darunter 378.340 Thüringerinnen und Thüringer, die uns gewählt haben, verpflichten uns, entschieden die außerparlamentarische und parlamentarische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus zu führen und insbesondere für die Rechte der sozial Schwachen einzutreten. Dies vor allem verpflichtet uns, eine gemeinsame Partei zu bilden, die für all jene eine neue Plattform sein kann, die für eine sozial gerechte Gesellschaft, eine soziale Demokratie eintreten.

Parteitage/Eisenberg/leitantrag.rtf

In diesem Sinne wollen wir unsere Identität im demokratischen Meinungsstreit und in der politischen Aktion erweitern und sehen dies im Einklang mit unserem programmatischen Ziel - dem demokratischen Sozialismus.

Die Linkspartei. PDS Thüringen sieht in diesem Parteibildungsprozess eine große Chance, unserem Bestreben für mehr soziale Gerechtigkeit, für die schrittweise Überwindung der Arbeitslosigkeit statt der Diskriminierung der Arbeitslosen, für eine solidarische Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, für bessere Bildungschancen und eine dem Frieden verpflichtende Außenpolitik, wesentlich mehr Akzeptanz in der Gesellschaft zu verschaffen als bisher. Damit wäre eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, die Hegemonie des Neoliberalismus in Frage zu stellen und neoliberale Politik zurückzudrängen. Dies könnte nicht mehr, aber auch nicht weniger sein als der Anfang einer neuen Politik, die dringend gebraucht wird.

Soziale Demokratie gestalten - eine neue Politik für Thüringen

Die Linkspartei.PDS Thüringen sieht ihre Verantwortung in einem eigenständigen Beitrag zur Zurückdrängung neoliberalen Zeitgeistes und neoliberaler Politik sowie zur Weiterentwicklung sozialer und demokratischer Alternativen zum Abbau des Sozialstaates. In Thüringen gibt es für solche politische Veränderungen durchaus Chancen.

Die Niederlage der CDU bei der Bundestagswahl war nicht nur Ablehnung ihrer Bundespolitik, sondern ebenso Ausdruck einer wachsenden Diskrepanz vieler Bürgerinnen und Bürger zur Regierung Althaus und zum ignoranten und selbstherrlichen Agieren der Thüringer CDU. Dennoch blieb, wie auf Bundesebene, auch bei der Thüringer CDU jede kritische Reflexion ihrer Politik aus. Im Gegenteil. Mit der Haushaltspolitik und der sogenannten Familienoffensive, um nur zwei besonders markante Punkte zu nennen, setzten CDU und Landesregierung ein "Weiter so" mit ihrer Mehrheit im Landtag durch, dass in weiten Teilen von Gewerkschaften ebenso abgelehnt wurde, wie vom Handwerk, bei Sozialverbänden nicht minder in Kritik stand als bei Kirchen, den kommunalen Spitzenverbänden und den meisten Kommunalpolitikern, selbst bei denen mit Parteibuch der CDU. Nicht zuletzt auf Grund der beharrlichen Verweigerung der Landesregierung zum Dialog mit den Betroffenen, antworten diese mit zahlreichen Initiativen und Aktionen gegen deren Politik. In dieser Situation will die Linkspartei. PDS ihren Beitrag dazu leisten, gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Kurswechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit Thüringen zu erreichen. Mit einem entsprechenden Wirken in der Gesellschaft wollen wir in den nächsten vier Jahren im Land eine Wechselstimmung befördern, die 2009 in Thüringen nicht nur eine andere Regierung, sondern eine andere Politik möglich macht.

Widerstand gegen Sozialabbau – Partner für Veränderung

Die Linkspartei. PDS Thüringen wird mit allen, insbesondere Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen und Verbänden, Initiativen und Aktionen, die einen solchen Richtungswechsel in der Politik wollen, einen Dialog führen und ihre konkreten Vorschläge einbringen. Wir sehen in ihnen einen - wenn auch sehr differenzierten - Kräfte der Veränderung, als dessen Teil wir uns verstehen. Die spezifische Aufgabe der Linkspartei.PDS sehen wir dabei im Zusammenführen parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivitäten, im Artikulieren von Gesamtinteressen über Partikularinteressen

Parteitage/Eisenberg/leitantrag.rtf

hinaus, im Vertreten konkreter Interesse sowohl von abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Handwerkern, Kleinstunternehmern und Unternehmern.

Dabei unterstützen und begleiten wir vor allem folgende Initiativen:

- Initiativen gegen Billiglohn, für ein Vergabegesetz und zur Verhinderung der EU Dienstleistungsrichtlinie ("Bolkestein-Richtlinie")
- Aktionsbündnis Sozialproteste Thüringen, den Zusammenschluss der Organisatoren der Proteste gegen Sozialabbau
- Initiative für ein Volksbegehren zu einem neuen Kindertagestättengesetz.
- Initiative "Mehr Demokratie in Thüringen" - insbesondere zum Thema - mehr Demokratie auf kommunaler Ebene.
- Initiativen zur Umsetzung der Seniorenpolitischen Standpunkte der Linkspartei, deren Stellenwert aufgrund der gravierenden Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung und der neoliberalen Politik der herrschenden Klasse zur Untergrabung des Sozialprinzips wesentlich gestiegen ist.
- Initiativen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus/Rassismus/ Ausländerfeindlichkeit/ Antisemitismus.

Der Landesverband der Linkspartei.PDS, die Landtagsfraktion und die Gebietsverbände führen im Jahr 2006 folgende Kampagnen:

- „Mitgliederkampagne der Linkspartei.PDS Thüringen“ als eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung neuer Mitglieder für eine neue Linke in Deutschland sowie zur Einbeziehung und Betreuung aller Mitglieder in die politische Arbeit der Linkspartei
- „Soziale Kommunen- demokratisch gestalten“ - Kampagne zur Wahl der Oberbürgermeister, Landräte und hauptamtlichen Bürgermeister am 7. Mai 2006 mit dem Ziel, die kommunalpolitische Kompetenz der Linkspartei.PDS in den Rathäusern und Landratsämtern zu stärken.
- "Arbeit schaffen - Armut verhindern" - Kampagne zur Einführung eines Mindestlohns, zur sozialen Grundsicherung, für gemeinwohlorientierte Arbeit (Einstieg in den ÖBS) und zur Förderung von Handwerk, kleiner und mittlerer Unternehmen im 2. Halbjahr.

Landespolitische Alternativen entwickeln - parlamentarische Initiativen

Die Entwicklung landespolitischer Alternativen und parlamentarischer Initiativen orientiert sich weiterhin an den Schwerpunkten des Landtagswahlprogramms.

Parteitage/Eisenberg/leitantrag.rtf

Linke Politik steht immer im Zeichen der Nachhaltigkeit. Sozialpolitisches, wirtschaftliches und ökologisches Handeln müssen aufeinander abgestimmt sein.

Auf dem Gebiet *Arbeit und Wirtschaft* steht weiter die parlamentarische und gesellschaftliche Debatte zum Vergabegesetz sowie unsere Vorschläge zur Einführung eines Mindestlohns an. In Auseinandersetzung mit der Landesregierung gilt es den Nachweis zu führen, dass Mindestlöhne Beschäftigung sicher können, die Binnennachfrage stärken und somit sozial wie ökonomisch sinnvoll sind. Landesvorstand und Landtagsfraktion bereiten mit externen Partnern, besonders den Gewerkschaften, der Initiative gegen Billiglohn, den Kammern sowie Kommunalpolitikern eine Diskussion zum Zusammenhang der Themen Tariflöhne, Flächentarifverträge, Mindestlöhne, Kombilöhne, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme sowie Entwicklung der Verbraucherpreise mit dem Ziel vor, weitere Schlussfolgerungen für eine an sozialen wie ökonomischen Kriterien orientierte Veränderung der Einnahmen- und Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand zu ermöglichen. Landesvorstand und Landtagsfraktion setzen - ausgehend von unserer grundsätzlichen Ablehnung - die kritische Begleitung der Hartz IV-Gesetzgebung fort. Dabei ist noch stärkeres Augenmerk auf die generellen gesellschaftlichen Wirkungen dieser Gesetzgebung zu richten. So stellt sie nicht nur eine Enteignung vor allem der älteren Beschäftigten dar, sondern bewirkt des weiteren einen permanenten Druck zur Lohnsenkung, dass Beschäftigte mit Hartz IV vor Augen zu immer mehr Zugeständnissen erpresst werden können. Unter Federführung der "AG Hartz IV" werden dazu eine große Anfrage im Landtag vorbereitet, eine Fachtagung konzipiert sowie eine Bürgermeisterkonferenz vorbereitet. Mit diesen Aktivitäten bekräftigen wir zugleich unsere Forderung nach Wiedereinführung einer eigenständigen Arbeitsmarktpolitik des Landes.

Die Linkspartei. PDS Thüringen entwickelt ihre Vorstellungen von einer *Bildungsreform, die Chancengleichheit für alle gewährleistet*, weiter. Dazu wird im Laufe des Jahres 2006 ein *Bildungsgesetz* erarbeitet und öffentlich diskutiert. In Auseinandersetzung mit dem Thüringer Familienförderungsgesetz entwickelt die Linkspartei. PDS ihre Positionen zur *Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter* weiter. Schwerpunkte sind dabei Bildung und Erziehung im Elementarbereich, Anerkennung und Schaffung von Voraussetzungen für eine pädagogisch qualifizierte Arbeit in den Kindertagesstätten.

Die Linkspartei.PDS unterstützt den Ansatz der UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, den Gedanken der Nachhaltigkeit in allen Bildungsbereichen zu verankern.

Im Bereich der Jugendpolitik kommt es für die Linkspartei.PDS Thüringen darauf an, Bedingungen für Jugendliche zu schaffen, die sie ermuntern in Thüringen zu leben und zu arbeiten und sie nicht „auffordern“ in andere Bundesländer mit besseren Ausgangsbedingungen für junge Menschen abzuwandern. Dabei muss ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden dass es gelingt für jeden Jugendlichen einen geeigneten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Die Linkspartei.PDS tritt weiterhin für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung ein. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, werden wir 2006 mit externer wissenschaftlicher Unterstützung einen *Armutbericht* vorlegen, der sich vor allem auf die konkrete Situation Betroffener stützt. Des weiteren wird an einem Landeskonzept zur Seniorenpolitik gearbeitet und der Gesetzentwurf für *Parteitage/Eisenberg/leitantrag.rtf*

ein Gesetz zum öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Gesetz) gearbeitet.

Weitere Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit werden "*Perspektiven und Entwicklung in der Geschlechterpolitik* sowie die *Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* sein.

Auf dem Gebiet der *Kommunalen Selbstverwaltung* wird die Landtagsfraktion in enger Abstimmung mit unseren Kommunalpolitikern und insbesondere mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Dezernenten und Beigeordneten die Arbeit der Enquetekommission "*Zukunftsfähige Verwaltungs-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen und Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen*" offensiv und öffentlichkeitswirksam begleiten. Damit verbunden werden wir uns mit dem sogenannten Behördenstrukturkonzept der Landesregierung weiterhin kritisch auseinandersetzen und den vorliegenden Masterplan qualifizieren.

Thüringen perspektiv

Ausgehend von unseren gesellschafts- und landespolitischen Vorstellungen stellen wir uns das Ziel, mittelfristig ein Konzept für die Linkspartei.PDS Thüringen gemeinsam mit Wissenschaftlern und Experten aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen für den Zeitraum bis 2020 zu erarbeiten und öffentlich zu diskutieren.

Soziale Gerechtigkeit und eine sich auch sozial definierende Demokratie sind Ziele, die einen langen Atem benötigen. Sie setzen den Stopp der neoliberalen Richtung in der Politik und ihre schrittweise Umkehr voraus. Dafür Mehrheiten zu gewinnen, verlangt auch nachvollziehbare Perspektiven zu eröffnen, über einen längeren Zeitraum als ihn Legislaturperioden der politischen Institutionen ausmachen. Darüber hinaus müssen politische Konzepte in hohem Maße Fragen der Bevölkerungsentwicklung, der schnell vor sich gehenden Veränderungen in den Kommunikationsbeziehungen, der kulturellen Identität und sozialer Verhaltensweisen gerecht werden. Innovations- und Technologieförderung im Land müssen bei den Überlegungen für ein Konzept Thüringen 2020 als vorrangige Aufgabe mitgedacht werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir darüber debattieren, wie wir uns die Region Thüringen in Mitteldeutschland in 15 bis 20 Jahren vorstellen. Dazu zählt die Entwicklung der Arbeitswelt ebenso wie eine sinnvolle Infrastruktur, eine grundsätzliche Reform der politischen Institutionen in einer neu gestalteten föderalen Ordnung und eine selbstbewusste, an den humanistischen Traditionen und den vielfältigen Fähigkeiten der Menschen orientierte Präsentation Thüringens in der Bundesrepublik und Europa.

Zu diesem Zweck bilden Landesvorstand und Landtagsfraktion eine Arbeitsgruppe Grundsatzfragen, die der 2. Tagung des 9. Parteitages Schwerpunkte für ein *Konzept Thüringen 2020* vorgelegt wird.

Politisch-programmatische Anforderungen im Parteibildungsprozess der "Neuen Linken"

Für die neue Linke geht es um mehr als nur ein Wahlprogramm als Grundlage des politischen Handelns. Der Anspruch, sich entgegen den Zielen aller anderen Parteien im Deutschen Bundestag, der neoliberalen Hegemonie zu widersetzen, sie zur Disposition zu stellen und schließlich zurückzudrängen. Die PDS hat in den vergangenen Jahren ausführlich die Debatte über ein neues Parteiprogramm geführt. Wir verfügen damit über ein modernes, den gegenwärtigen Verhältnissen
Parteitage/Eisenberg/leitantrag.rtf

gemäßes Programm einer sozialistischen Linkspartei. Die Mitglieder der Linkspartei.PDS identifizieren sich in starkem Maße mit ihrem Parteiprogramm. Deshalb treten wir dafür ein, die Diskussion über unsere gemeinsame Zukunft als linke Partei auf dieser inhaltlichen Grundlage zu führen. Die Formulierung, dass demokratischer Sozialismus für uns Ziel, Weg und Wertesystem ist, macht den Kern und die programmatische Grundsubstanz der Linkspartei.PDS aus, den sie in eine neue Linke einbringen wird. Die Linkspartei.PDS unterstützt aus programmatischer Sicht die Position der WASG, eine neue Linke Partei muss offen sein für alle aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die gegen den neoliberalen Zeitgeist vorgehen und für eine solidarische und sozial gerechte Gesellschaft eintreten. Als wesentliche Diskussionsgrundlage sollte deshalb die aus Erfahrung gewonnene Anforderung gelten: Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Aktivitäten ein unauflösbares strategisches Dreieck. Innerhalb des Parteibildungsprozesses ist jedoch unumstritten, dass unsere neue Partei keinen Platz bietet für undemokratisches, patriarchalisches, faschistisches und nazistisches Denken und Handeln. Es bleibt bei unserer grundsätzlichen Absage an alle Formen des Stalinismus.

Unsere gemeinsamen Bemühungen um eine neue Linke werden zum Erfolg führen, wenn wir die unterschiedlichen Erfahrungen, das Wissen, die Kultur und Lebensweise der Menschen vor Ort, den Jungen und den Älteren, in Ost und West annehmen. Auf diese Weise ergibt sich die reale Chance, dass eine bundesweite - und darin besteht unsere besondere politische Verantwortung - Linke wächst, die viel mehr sein kann als die Linkspartei.PDS heute ist, mehr auch als die Summe von WASG und Linkspartei.PDS.

Zum weiteren Parteibildungsprozess

Die Linkspartei.PDS Thüringen geht davon aus, dass der weitere Parteibildungsprozess von gegenseitiger Transparenz und Offenheit gekennzeichnet sein muss. Dabei sollten vor allem die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt gestellt werden. Unterschiede müssen ebenso klar benannt und fair miteinander debattiert werden. Entscheidend wird auch sein, dass die Minderheiten in beiden Parteien geachtet werden, bei gleichzeitiger Anerkennung demokratischer Mehrheiten. Zugleich muss es gelingen, alle Linken, die an der neuen Partei interessiert sind, in ihren Entstehungsprozess einzubeziehen.

Die Linkspartei.PDS Thüringen unterstreicht jedoch ebenso: Die programmatische, statuarische und strukturelle Entwicklung einer neuen Linken kann nur gelingen, wenn wir tagtäglich zu einer gemeinsamen Politik finden. Die gilt für die Bundesebene, für die Länder wie auch die Städte, Gemeinden und Landkreise. Deshalb ist ein vernehmbares Gegenkonzept zum neoliberalen Kurs nötig. Deshalb wollen wir nicht Deregulierung, sondern wir wollen Regulierung. Wir wollen nicht Privatisierung, sondern wir wollen die Ausweitung des öffentlichen Sektors. Wir wollen eine soziale Demokratie, die humane Werte und nicht den Profit in den Mittelpunkt politischen Handelns stellt.

Schlussfolgerungen für den Landesverband

Basiskonferenzen sollten als wichtige Form des innerparteilichen Diskussions- und *Parteitage/Eisenberg/leitantrag.rtf*

Meinungsbildungsprozess einen festen Platz im Landesverband haben. Mindestens einmal jährlich, insbesondere in Vorbereitung von Bundes- oder Landesparteitagen, sollte ein solches offenes Diskussionsforum durchgeführt werden.

Wir brauchen ein neues Niveau der politischen Bildungsarbeit von der Parteibasis bis zu den Vorständen und darüber hinausgehend mit einer öffentlichen Wirkung in die Gesellschaft hinein. Es sind Voraussetzungen dafür zu schaffen und dafür einzutreten, dass die Gebietsverbände und der Landesvorstand ihre Verantwortung erkennen und wahrnehmen.

Der Prozess der Herausbildung einer neuen Linken muss in allen Gebietsverbänden sowie auf Landesebene offen, transparent geführt und begleitet werden. Die Idee der Bildung gemeinsamer AGs „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ in Kreisen und Regionen sollte weiter aufgegriffen werden und eine öffentlichkeitswirksame Arbeit auf der Grundlage konkreter Projekte entwickelt werden. Im Mittelpunkt sollte dabei stehen: Kritische Begleitung des Hartz-IV-Prozesses, Beratung und Unterstützung Betroffener, Entwicklung eigener Vorschläge für Projekte öffentlich finanzierter Beschäftigung in den Kommunen und Landkreisen sowie bei freien Trägern. Öffentliche Veranstaltungen über inhaltliche Vorschläge der Linkspartei.PDS, insbesondere zur Zukunft der Arbeit, zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zur Einführung von Mindestlohn sowie einer sozialen Grundsicherung zur Verhinderung von Armut und zur Förderung des Klein- und Mittelstandes. Wir brauchen gemeinsame Diskussionsforen von Linkspartei und WASG, die es ermöglichen, inhaltliche Positionen zu einer neuen Linken in Deutschland zu diskutieren und damit öffentlich auszustrahlen.